

Landeshauptstadt Potsdam  
Fachbereich Ordnung und Sicherheit  
Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger  
Friedrich-Ebert-Str. 79/81  
14469 Potsdam

Tel. 0331 289-3799  
Fax 0331 289-3798  
Abfallgebuehren@Rathaus.Potsdam.de

Zutreffendes bitte ankreuzen!

## Abmeldung eines Grundstückes von der öffentlichen Abfallentsorgung

Kassenzeichen: \_\_\_\_\_

### 1. Angaben zum Entsorgungsgrundstück

Straße, Haus-Nr.
PLZ, Ort, ggf. Ortsteil

### 2. Gebührenbescheidempfänger/Ansprechpartner

<input type="checkbox"/> Grundstückseigentümer <input type="checkbox"/> Verwalter (keine Mieter) (Bitte Vollmacht beifügen.) <input type="checkbox"/> dingl. Nutzungsberechtigte (keine Mieter) (Erbbaurecht, Nießbrauchrecht u. a.)	
Name, Vorname	Telefon*
Straße, Haus-Nr.	Fax*
PLZ, Ort, ggf. Ortsteil	E-Mail*

\* Diese Angaben sind freiwillig und dienen bei Rückfragen der schnelleren Erreichbarkeit.

### 3. Grund der Abmeldung des Grundstückes von der öffentlichen Abfallentsorgung

Hiermit melde ich das Grundstück von der öffentlichen Abfallentsorgung ab, weil

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Grundstückseigentümer/in oder  
Bevollmächtigte (keine Mieter)

**Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO):** Seit dem 25. Mai 2018 gilt die neue DS-GVO. Auf der Rückseite dieses Formulars finden Sie eine Zusammenfassung zur Datenverarbeitung des Bereichs öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger der Landeshauptstadt Potsdam.

Abmeldung eines Grundstückes von der öffentlichen Abfallentsorgung

## Zusammenfassung zur Datenverarbeitung (Stand: 13.06.2023)

Die ausführlichen Informationen zur Datenverarbeitung des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers (örE) nach Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie online unter [www.potsdam.de/kategorie/abfallentsorgung](http://www.potsdam.de/kategorie/abfallentsorgung) oder per Postversand auf Anfrage über 0331 289-1796 oder [abfallberatung@rathaus.potsdam.de](mailto:abfallberatung@rathaus.potsdam.de).

### Verantwortliche

Landeshauptstadt Potsdam,  
Fachbereich Ordnung und Sicherheit  
Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger  
Friedrich-Ebert-Str. 79/81  
14469 Potsdam

### Datenschutzbeauftragte

Datenschutzbeauftragte der  
Landeshauptstadt Potsdam  
Friedrich-Ebert-Str. 79/81  
14469 Potsdam

### Kontakt:

Fon: 0331 289-3799  
Fax: 0331 289-3798  
E-Mail: [abfallgebuehren@rathaus.potsdam.de](mailto:abfallgebuehren@rathaus.potsdam.de)

### Kontakt:

0331 289-1087  
0331 289-841087  
[datenschutz@rathaus.potsdam.de](mailto:datenschutz@rathaus.potsdam.de)

## Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Zulässigkeit der Datenerhebung ergibt sich aus der jeweils gültigen Abfallgebühren- und Abfallentsorgungssatzung der LHP. Die Grundlagen der Datenverarbeitung der Daten von Grundstückseigentümern basieren auf dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (Überlassung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen) sowie dem Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (Erhebung von Benutzungsgebühren).

Im Zuge der Datenerhebung des örE findet keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.

## Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Personenbezogene Daten werden, sofern erforderlich, unterstützenden sowie mit übergreifenden Aufgaben betrauten Bereichen der Verwaltung, sorgfältig ausgewählten und weisungsgebunden handelnden Dienstleistern oder dem Städtischen Entsorgungsunternehmen Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP) zur Durchführung notwendiger Tätigkeiten zugänglich gemacht.

## Dauer der Speicherung

Nicht mehr benötigte Daten werden unter Berücksichtigung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht. Liegen keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen vor, werden die Daten zur Überprüfung des Verwaltungshandelns ausreichend lang aufbewahrt.

## Betroffenenrechte

Die von der Datenverarbeitung betroffenen Personen haben das Recht auf Auskunft über die gespeicherten Daten, auf Datenberichtigung, auf Löschung der zur Person gespeicherten Daten (nur bei Voraussetzung nach Art. 17 DS-GVO), auf Einschränkung der Datenverarbeitung (nur bei Voraussetzung nach Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO) und auf Widerspruch (nur bei Voraussetzung nach Art. 21 DS-GVO).

## Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden.